

Stadtrat der Stadt Zwickau

5. Wahlperiode

Für eine lebenswerte Kommune: Freiheit stärken – Rechtsstaat durchsetzen

Sicherheitskonzept der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Zwickau

Öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Stadt sind wesentlich für die Lebens- und Wohnqualität der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind außerdem ein herausgehobener Standortfaktor.

„Persönliche Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme politischer, sozialer und kultureller Rechte. Der tatsächliche und der vermutete Grad an Sicherheit, die Gewaltfreiheit im öffentlichen Raum, die Wahrung der persönlichen Integrität und der Schutz der eigenen Habe sind wichtige Maßstäbe für die Akzeptanz des kommunalen Gemeinwesens.“¹

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Zwickau erkennt an, dass es in den zurückliegenden Jahren zu einem Rückgang der objektiven wie auch der subjektiv empfundenen Sicherheit in der Stadt gekommen ist. Vor allem die Auswirkungen der Sparpolitik der CDU-geführten Staatsregierungen, die mit einem drastischen Stellenabbau bei der Polizei verbunden war, sind heute spürbar. Aber auch ein allgemeiner Werteverlust, der sich beispielhaft in einer Zunahme von Egoismus, Gleichgültigkeit anderen gegenüber und Missachtung fremden und öffentlichen Eigentums ausdrückt, ist zu verzeichnen. Nicht zuletzt verlangt der Zuzug zahlreicher Menschen, die andere kulturelle Wurzeln haben, verstärkte Anstrengungen zur Integration.

Nach unserer Auffassung besteht allerdings kein Grund zu übertriebenem Aktionismus und zu einer Ausweitung repressiver Maßnahmen. Die Freiheit der Menschen ist ein hohes Gut. Sie darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Kurzsichtig und populistisch angelegte Vorschläge (z. B. Alkoholverbote oder Videoüberwachung im öffentlichen Raum) lehnen wir ab.

Um eine nachhaltige Stabilisierung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu erreichen, hält die Fraktion DIE LINKE folgende Schritte für notwendig:

1. Stärkung bürgerlichen Engagements – Verbesserung der Kriminalprävention

In der Vorbeugung von Straftaten sehen wir das Primat gegenüber der Ausweitung repressiver Maßnahmen. Dazu erachten wir es als notwendig, präventive Anstrengungen zu erhöhen.

Wir regen an, den **kriminalpräventiven Rat** wiederzubeleben und werden dies im Stadtrat beantragen. Derartige Gremien existieren bereits in einigen sächsischen Städten, darunter in Chemnitz, Dresden und Leipzig. In diesem Gremium sollen Stadtverwaltung, Vertreter der Fraktionen des Stadtrates, Polizei, Justiz und Vertreter von Projekten, Bündnissen und Organisationen zusammengeführt werden. Gemeinsam sind die Sicherheitslage zu analysieren und Folgerungen abzuleiten. Wir versprechen uns davon eine deutliche Verbesserung der Kriminalitätsvorbeugung. Außerdem erwarten wir aus der Arbeit des kriminalpräventiven Rats konkrete Lösungs- und Handlungsoptionen für die Optimierung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Wo Menschen sich im öffentlichen Raum begegnen, sind Konflikte nicht auszuschließen. Es ist wichtig, dass diese gewaltfrei gelöst werden. Dies muss vermittelt werden. Anzustreben ist ein partnerschaftliches Zusammenleben der Menschen. Wer aus fremden Kulturen kommend neu hier lebt, benötigt Hilfe bei der Integration. Eine große Bedeutung kommt dabei **Sozialarbeitern bzw. Streetworkern** zu. Deshalb fordern wir den Landkreis als Träger auf, die Zahl der Stellen für die Stadt Zwickau deutlich zu erhöhen.

Wichtig ist es uns, Bürger zu aktiver Mithilfe zu ermuntern. Keiner darf gleichgültig darüber hinwegsehen, wenn es in der Stadt zu Sachbeschädigungen oder zu Gewalt kommt. Die Verbesserung unseres Lebensumfeldes muss Angelegenheit aller sein. Deshalb erachten wir es als wichtig, die Möglichkeiten zur Meldung von Missständen an die Stadtverwaltung zu erweitern. Wir schlagen vor, neben dem bewährten „Wo zwickst“ auf der Homepage der Stadt, eine **ständige telefonische Erreichbarkeit des Ordnungsamtes** unter einer einprägsamen Rufnummer zu gewährleisten, damit Menschen jederzeit Probleme mitteilen können. Beide Kommunikationsmöglichkeiten müssen zudem bekannter gemacht werden.

2. Durchsetzung des Rechtsstaates

Wer das Recht bricht, muss dafür zur Verantwortung gezogen werden. Dabei soll die Strafe der Tat möglichst schnell folgen. Rechtsfreie Räume gibt es in unserer Stadt nicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht einen Anspruch auf die Durchsetzung des Rechtsstaates.

Deshalb fordern wir von der sächsischen Staatsregierung, für eine angemessene Personalausstattung der Polizei und der Justiz Sorge zu tragen. Insbesondere die Zahl der **Bürgerpolizisten** als direkte Ansprechpartner für Bevölkerung und Gewerbetreibende ist zu erhöhen.

Strafverfolgung und Gefahrenabwehr obliegt nicht allein staatlichen Stellen. Vielmehr ist die Stadt selbst in der Verantwortung, tätig zu werden. Insbesondere die Durchsetzung der Polizeiverordnung, die grundlegende Regeln des Zusammenlebens in der Stadt vorgibt, obliegt dem **Stadtordnungsdienst**.

Wir sprechen uns für eine personelle Stärkung aus. Vor allem in Schwerpunktzeiten müssen mehr Stadtpolizisten verfügbar sein. Deshalb werden wir im Stadtrat die Ausweisung von mindestens vier zusätzlichen Stellen und die entsprechende materielle Ausstattung beantragen.

3. Öffentliche Ordnung und Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Der oft festgestellte Werteverlust in unserer Gesellschaft hat Wurzeln, die es gesamtgesellschaftlich zu bekämpfen gilt. Ein wichtiger Beitrag besteht in einer gerechten Politik, die jedem die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben einräumt. Frei und sicher zu leben, ist das Recht eines jeden Menschen.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir unsere Stadt ein Stück lebenswerter gestalten. Wir rufen alle auf, daran aktiv mitzuwirken.